

Neun Fragen zur Asylpolitik

Acht NGOs, die im Bereich von Flucht und Asyl tätig sind, haben alle zur Tiroler Landtagswahl antretenden Parteien eingeladen, neun Fragen zur Asylpolitik und zum Umgang mit geflüchteten Menschen zu beantworten.

Von sieben Parteien (ÖVP, SPÖ, FPÖ, Grüne, Liste Fritz, Neos, KPÖ) haben wir Antworten bekommen, MFG und die Liste Mach Mit haben sich durch die Aufgabenstellung überfordert gefühlt und die Fragen nicht beantwortet.

Wir waren uns bei der Formulierung der Fragen im Klaren darüber, dass die Themenfelder Flucht und Asyl zum größeren Teil auf europäischer und nationaler Ebene geregelt sind. Zugleich hat die Landespolitik Hebel in der Hand, wie sich das Leben asylsuchender Menschen in unserem Bundesland gestaltet. Nicht zuletzt hat der Tiroler Landtag und haben Tiroler Politiker_innen Einfluss auf die Entscheidungsgremien auf EU- und Bundesebene. Daher erschien es uns wichtig, die Haltungen der zur Tiroler Landtagswahl am 25.09.2022 kandidierenden Parteien abzufragen und die Ergebnisse einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Der Fragebogen enthielt acht mit Ja oder Nein zu beantwortende Fragen, die neunte Frage war offen formuliert und zielte unmittelbar auf die Landespolitik ab: *In welchem Feld der Flüchtlingsarbeit sieht Ihre Partei den größten Verbesserungsbedarf im Land Tirol (z.B. Unterbringung, Versorgung, Arbeitsmarktzugang, ...)? Welche konkreten Schritte müssen gesetzt werden?*

DIE JA/NEIN-FRAGEN

Bei den Ja-/Nein-Fragen ergibt sich ein klares und eindeutiges Bild:

	1	2	3	4	5	6	7	8
ÖVP	nein	nein	nein	ja	nein	nein	nein	nein
SPÖ	ja	ja	ja	ja	nein	ja	ja	ja
FPÖ	nein	nein	nein	ja	nein	nein	nein	nein
Grüne	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Fritz	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Neos	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja
KPÖ	ja	ja	ja	ja	ja		ja	ja

1. Unterstützt Ihre Partei die Forderung zahlreicher Tiroler Gemeinden an die österreichische Bundesregierung, Geflüchtete aus den Elendslagern auf den griechischen Inseln aufnehmen zu dürfen?
2. Unterstützt Ihre Partei den Vorschlag, Asylwerbenden einfacher eine Arbeitserlaubnis zu erteilen, insbesondere vor dem Hintergrund des wachsenden Arbeitskräftemangels in der Pflege und anderen Arbeitsfeldern?
3. Sollen Asylwerbende, die eine Ausbildung absolvieren, bis zwei Jahre nach deren Abschluss vor Abschiebung geschützt sein?

4. *Tritt Ihre Partei dafür ein, dass geflüchtete Menschen in Österreich – unabhängig von ihrem Herkunftsland – die gleichen Rechte und Unterstützungsangebote erhalten?*
5. *Die Tagsätze in der Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen sind nicht so hoch wie die Tagsätze in der Kinder- und Jugendhilfe. Sollen sie auf dasselbe Niveau erhöht werden?*
6. *Unterstützt Ihre Partei den Vorschlag einer aus EU-Geldern finanzierten Seenotrettung im Mittelmeer?*
7. *Unterstützt Ihre Partei gesamteuropäische Ansätze von „Resettlement“ und „Relocation“, die geflüchteten Menschen, die z.B. in Griechenland gestrandet sind, einen geordneten Weg nach Österreich oder in ein anderes EU-Land ermöglichen?*
8. *Würde es Ihre Partei begrüßen, wenn sich Gemeinden aus dem Bundesland Tirol der Initiative „Sichere Häfen“ anschließen würden?*

Auf der einen Seite stehen **ÖVP und FPÖ** mit identischen Antworten, welche die restriktive Asylpolitik dieser beiden Parteien widerspiegelt. ÖVP und FPÖ stellen sich demnach u.a. gegen die Aufnahme von geflüchteten Menschen aus den Elendslagern auf den griechischen Inseln, sind gegen einen leichteren Zugang von Asylwerber_innen zum Arbeitsmarkt, lehnen einen Schutz vor Abschiebung für Asylwerber_innen ab, die eine Lehre absolvieren, sind gegen eine aus EU-Geldern finanzierte Seenotrettung und gegen Resettlement- und Relocation-Programme für einen geordneten Weg geflüchteter Menschen nach Österreich.

Aus unseren Erfahrungen als NGOs wissen wir, dass diese rigide Asylpolitik innerhalb der Tiroler ÖVP nicht unumstritten ist. Wir kennen von den Gemeinden bis zu Mitgliedern der Landesregierung auch andere Meinungen – aus wahltaktischen Überlegungen hält die Tiroler Parteiführung aber am menschenverachtenden Kurs der Bundespartei fest.

Ein wenig überraschend ist, dass **alle anderen kandidierenden Parteien** (SPÖ, Grüne, Liste Fritz, Neos und KPÖ) eine übereinstimmende positive Haltung zu den verschiedenen Themen einnehmen. Einzige Ausnahme ist die Frage, ob die Tagsätze bei der Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen auf das Niveau der Tiroler Kinder- und Jugendhilfe angehoben werden sollen. Hier teilt die SPÖ die ablehnende Haltung mit ÖVP und FPÖ, während die vier anderen Parteien diese Forderung unterstützen.

Bemerkenswert ist die Tatsache, dass es **bei einer Frage eine völlige Übereinstimmung** aller sieben Parteien gibt: Demnach sollen alle nach Österreich geflüchteten Menschen unabhängig von ihrem Herkunftsland die gleichen Rechte und Unterstützungsangebote erhalten. Bekanntlich bevorzugt der Bundesgesetzgeber geflüchtete Menschen aus der Ukraine auf verschiedenen Ebenen, u.a. bei finanziellen Unterstützungen und dem Zugang zum Arbeitsmarkt.

Aufgrund dieser Übereinstimmung erwarten wir vom neugewählten Tiroler Landtag eine Initiative gegenüber dem Nationalrat, die Ungleichbehandlung von Geflüchteten rasch zu beenden.

DIE OFFEN FORMULIERTE FRAGE

Bei der Frage nach dem Verbesserungsbedarf im Feld der Flüchtlingsarbeit in Tirol sind die Antworten der sieben Parteien deutlich weniger in zwei Lager gespalten und entsprechend differenzierter:

Die **ÖVP** tritt für eine raschere Integration in den Arbeitsmarkt ein, allerdings beschränkt auf Menschen mit positivem Asylbescheid. Ein Ausbau von Deutschkursen findet sich ebenso in den Vorschlägen der ÖVP wie die Unterstützung von „gemeinnützigen Projekten zur Beschäftigung von AsylwerberInnen“. Den Bund will die ÖVP beim „Kampf gegen die illegale Migration“ und dem Schutz der Außengrenzen unterstützen.

Für die **FPÖ** geht es bei dieser Frage ausschließlich um „unverzögliche und konsequente Abschiebungen“ nach einem negativen Asylbescheid und strengere Grenzkontrollen, „um die illegale Migration zu bekämpfen“.

Die **SPÖ** stellt in ihrer Antwort die bessere und schnellere Integration „von Geflüchteten in das Arbeitsleben“ in den Mittelpunkt und erwähnt dabei „insbesondere Branchen, in denen ein akuter Arbeitskräftemangel besteht“.

Am umfangreichsten ist die Beantwortung durch die Tiroler **Grünen**. Die Vorschläge reichen vom sofortigen Zugang zum Arbeitsmarkt für geflüchtete Menschen über die Abkehr von Großunterkünften und ein umfassendes Integrationspaket bis zur besseren Unterstützung im Bereich Bildung und Schule.

Die Liste **Fritz** spricht sich für die „Wiedereinführung der Lehre für Asylwerber:innen in Mangelberufen“ und einen entsprechenden Schutz vor Abschiebung dieses Personenkreises aus. Letzteres soll auch für „engagierte und gut integrierte Menschen“ gelten.

Die **Neos** setzen u.a. auf eine „bedarfs- und wirkungsorientierte Integrationsförderung“, ein „besseres Management der Flüchtlingsunterkünfte“ und einen „Ausbau der psychologischen Betreuung für geflüchtete Menschen“.

Die **KPÖ** fordert „familien-, jugend- und kindergerechte Wohnmöglichkeiten in kleinen Einheiten“ und einen „uneingeschränkten Zugang zu Bildung und Arbeitsmarkt“.

Der volle Wortlaut der Antworten aller Parteien auf diese Frage findet sich im Dokument „offen formulierte Frage.pdf“ im E-Mail-Anhang.

